



Anja Palatzke

Nachfragemacht im Kartellrecht –  
Bewährungsprobe für den  
More Economic Approach



PETER LANG

## **Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
§ 1 Einführung.....	1
A. Der Nachfragewettbewerb im Kartellrecht .....	1
B. Impulse durch den More Economic Approach .....	3
I. Die Unterscheidung zwischen Gesamtwohlfahrts- und Konsumentenwohlfahrtsstandard .....	4
II. Konfliktsituationen aufgrund der unterschiedlichen wettbewerbspolitischen Konzeptionen .....	5
1. Die Möglichkeit strengerer innerstaatlichen Rechts .....	5
2. Die Unverbindlichkeit der Leitlinien und Erklärungen .....	6
C. Thematische Abgrenzung.....	7
Erster Teil: Nachfragemacht und der Umgang mit ihr im More Economic Approach.....	9
§ 2 Nachfragemacht und ihre Ausprägungen.....	10
A. Entwicklung und Bedeutung in Theorie und Praxis .....	10
I. Entwicklung in Deutschland .....	11
II. Entwicklung auf europäischer Ebene.....	13
B. Definitionsansätze .....	15
I. Der Begriff „Macht“ .....	15
1. Eine allgemeine Definition des Machtbegriffs .....	15
2. Macht im wirtschaftlichen Kontext.....	16
II. Nachfragemacht in den Definitionsansätzen der OECD .....	16
1. Ein erster Definitionsansatz .....	16
2. Der Definitionsansatz von 1998.....	17
III. Die Definition des Office of Fair Trading (OFT) .....	18
IV. Definitionsansätze der Europäischen Kommission .....	19
1. Bestimmungskriterien in den Entscheidungen der Europäischen Kommission .....	19
2. Definitionsansätze in den Leitlinien .....	19
V. Zwischenergebnis.....	21

C.	Nachfragemacht in den kartellrechtlichen Tatbeständen .....	22
I.	Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen .....	23
1.	Grundlagen bezüglich wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen .....	23
a.	Horizontale Vereinbarungen .....	23
b.	Vertikale Vereinbarungen .....	24
2.	Einkaufskooperationen .....	25
a.	Grundlagen .....	25
b.	Einkaufskooperationen im deutschen Recht vor der 7. GWB-Novelle .....	26
c.	Einkaufskooperationen der Öffentlichen Hand .....	26
II.	Das Missbrauchsverbot .....	27
1.	Ausbeutungsmissbrauch .....	27
a.	Die Bedeutung des Ausbeutungsmissbrauchs in der Praxis .....	27
b.	Abgrenzungskriterien zur Bestimmung von Ausbeutungsmissbrauch .....	28
c.	Messverfahren zur Bestimmung unangemessener Preise .....	29
(1.)	Die Gewinnspanne .....	29
(2.)	Das Vergleichsmarktkonzept .....	30
(3.)	Probleme bei der Abgrenzung von Nachfragemacht .....	30
2.	Behinderungsmissbrauch .....	31
a.	Grundlagen .....	31
b.	Das Verhalten im Vertikalverhältnis als Grundlage für die Behinderung .....	31
c.	Die Behinderung der Konkurrenten .....	32
3.	Die Aufforderung oder Veranlassen zur Vorteilsgewährung nach § 20 Abs. 3 GWB .....	33
a.	Grundlagen und Schutzzweck .....	33
b.	Adressaten .....	34
c.	Auffordern oder Veranlassen zur Vorteilsgewährung .....	34
III.	Die Zusammenschlusskontrolle .....	36
1.	Grundlagen .....	36
2.	Die Beurteilung von Zusammenschlüssen .....	36
a.	Der Prüfungsmaßstab im Europäischen Recht .....	37
b.	Der Prüfungsmaßstab im deutschen Recht .....	38
D.	Praktische Beispiele .....	38
I.	Nachfragemacht in der Automobilindustrie .....	38
1.	Spezialisierung als Ursache für Nachfragemacht .....	39
2.	Marktkonzentration im Automobilsektor .....	40
II.	Die Nachfragemachterproblematik im Einzelhandel .....	41
1.	Die Marktsituation im Einzelhandel .....	41
2.	Die Sogwirkung von Vergünstigungen .....	42
III.	Staatliche Nachfragemonopole .....	43
1.	Der Telekommunikationsbereich .....	43

2. Der Bahnverkehr .....	44
3. Das Bestattungswesen .....	45
<b>§ 3 Nachfragemacht aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht .....</b>	<b>46</b>
A. Markt- und Nachfragemacht .....	46
I. Wettbewerb in der Marktwirtschaft .....	46
1. Wettbewerb als Gegenmacht zur Marktmacht .....	46
2. Marktversagen .....	48
3. Ein Mindestmaß an staatlicher Lenkung .....	49
II. Nachfragemacht in der Marktformenlehre .....	50
1. Die Marktformen nach Stackelberg .....	50
2. Die Marktformen nach Shepherd .....	51
B. Wirtschaftswissenschaftliche Modelle zur Erklärung von Nachfragemacht .....	52
I. Das Polypol als Vergleichsbasis .....	53
II. Angebotsmacht .....	54
1. Auswirkungen des Monopols auf die Wohlfahrt .....	54
2. Das Oligopol .....	55
3. Gemeinsame Merkmale der Angebotsmacht .....	56
III. Modelle zur Erklärung von Nachfragemacht .....	56
1. Das Monopson-Modell zur Beschreibung von Nachfragemacht .....	57
a. Das Monopson .....	57
(1.) Das Verhalten des Monopsonisten .....	57
(2.) Marktstrukturvoraussetzungen .....	58
(3.) Auswirkungen .....	59
(4.) Marktstrukturveränderungen durch das Agieren eines Monopsonisten .....	60
b. Das Oligopson .....	62
c. Das bilaterale Monopol .....	63
d. Das bilaterale Oligopol .....	65
2. Nachfragemacht beschrieben durch verhandlungstheoretische Ansätze .....	66
a. Kritik am Monopson-Modell .....	67
b. Voraussetzungen für das Vorliegen nachfragebedingter Verhandlungsmacht .....	68
(1.) Die nicht-leistungsbezogene Preisdifferenzierung .....	68
(2.) Das Bestehen von Verhandlungsmacht .....	69
(3.) Konzentration auf der Anbieterseite .....	70
c. Auswirkungen von Nachfragemacht auf die Wohlfahrt .....	71
(1.) Weitergabe günstiger Konditionen .....	71
(2.) Wohlfahrtsverlust durch Konzentrationswirkung .....	72

(3.) Wohlfahrtsverlust durch den Waterbed Effect .....	72
3. Fazit .....	74
 § 4 Die Neuausrichtung der Europäischen Wettbewerbspolitik .....	75
A. Die Bedeutung der Wettbewerbspolitik .....	75
I. Die Definition des Begriffs „Wettbewerbspolitik“ .....	75
II. Funktionen der Wettbewerbspolitik .....	76
1. Die Initiative für die Einführung von Wettbewerbsgesetzen .....	76
a. Die USA als Vorreiter .....	76
b. Europa zieht nach .....	77
2. Die Auslegung und Durchsetzung wettbewerbsrechtlicher Regelungen .....	79
III. Zielsetzungen und mögliche Konflikte .....	80
1. Wohlfahrtssteigerung als ökonomische Zielsetzung .....	80
a. Die Gesamtwohlfahrt .....	81
b. Die Konsumentenwohlfahrt .....	81
c. Vor- und Nachteile der beiden Konzepte .....	82
(1.) Argumente für den Konsumentenwohlfahrtsstandard .....	82
(a.) Praktische Erwägungen .....	82
(b.) Die schwächere Stellung des Konsumenten im Wettbewerb .....	83
(2.) Nachteile des Konsumentenwohlfahrtsstandards .....	84
2. Meta-ökonomische Erwägungen .....	85
a. Wirtschaftliche Freiheit und Fairness .....	85
b. Marktintegration .....	86
c. Der Schutz kleiner und mittlerer Unternehmen .....	87
d. Soziale Erwägungen .....	88
3. Der Wettbewerb selbst als Ziel .....	88
a. Das Leitbild der vollständigen Konkurrenz als Ausgangspunkt .....	89
(1.) Grundlagen .....	89
(2.) Kritik .....	91
b. Die wohlfahrtsökonomischen Ansätze .....	91
(1.) Der funktionsfähige Wettbewerb .....	92
(a.) Der statische funktionsfähige Wettbewerb oder die Second Best Solution .....	92
(b.) Effective Competition .....	92
(c.) Das Workability-Konzept der Industrieökonomik .....	93
(d.) Die optimale Wettbewerbsintensität .....	94
(e.) Gegenargumente .....	95
(2.) Die Chicago School .....	97
(a.) Darstellung des Konzepts .....	97
(b.) Einwände gegen das Konzept .....	98

(3.) Die neuere Industrieökonomik .....	99
(a.) Eine Weiterentwicklung der klassischen Industrieökonomik .....	99
(b.) Kleine Einwände gegen das Konzept .....	100
c. Die systemorientierten Ansätze .....	100
(1.) Der Ordoliberalismus .....	101
(a.) Der Ordoliberalismus als Bestrebung gegen Monopole und Kartelle .....	101
(b.) Die weitgehende staatliche Kontrolle als Kritikpunkt .....	102
(2.) Die Wettbewerbsfreiheit .....	102
(a.) Hoppmanns Ansatz .....	102
(b.) Der ausgebauten Ansatz von Möschel und Herdzina .....	103
(c.) Kritik .....	104
4. Zwischenergebnis.....	105
 B. Entwicklung und Elemente des More Economic Approach.....	106
I. Die Ökonomisierung des Wettbewerbsrechts .....	106
1. Zeitliche Entwicklung .....	106
2. Aspekte des More Economic Approach.....	108
a. Die Berücksichtigung von Effizienzerwägungen .....	109
(1.) Der wirkungsbasierte Ansatz .....	109
(a.) Die wettbewerbswidrige Vereinbarung in Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	109
(b.) Das missbräuchliche Verhalten in Art. 102 AEUV .....	110
(c.) Der SIEC-Test in Art. 2 FKVO .....	111
(2.) Die Ausdehnung des Effizienzeinwandes.....	112
(a.) Die Effizienzrechtfertigung in Art. 101 Abs. 3 AEUV .....	112
(b.) Die Ausdehnung auf Art. 102 AEUV .....	113
b. Der Konsumentenwohlfahrtsstandard.....	114
c. Die verstärkte ökonomische Analyse.....	115
(1.) Marktabgrenzung .....	116
(2.) Das Spürbarkeitskriterium des Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	117
(3.) Die Marktverschließung in Art. 102 AEUV .....	118
(a.) Der As Efficient Competitor-Test.....	118
(b.) Speziell zum Preiskampf.....	119
(4.) Marktkonzentration .....	120
(5.) Der SIEC-Test in der Zusammenschlusskontrolle.....	121
d. Fazit .....	122
3. Der More Economic Approach in der wettbewerbspolitischen Leitbilddiskussion.....	122
a. Ähnlichkeiten und Unterschiede des More Economic Approach zu anderen Leitbildern .....	122
(1.) Effizienzerwägungen.....	122
(2.) Die Ausrichtung an der Konsumentenwohlfahrt .....	123
(3.) Die verstärkte ökonomische Analyse.....	123

b.	Das Verhältnis zwischen More Economic Approach und Wettbewerbsfreiheit .....	124
(1.)	Die Non-Dilemma-These Hoppmanns.....	124
(2.)	Die Non-Dilemma-These im Hinblick auf den More Economic Approach .....	124
(a.)	Die ablehnende Haltung Schmidts.....	125
(b.)	Hellwigs Differenzierung.....	125
(c.)	Kerbers konstitutionenökonomischer Ansatz .....	126
(d.)	Stellungnahme .....	127
II.	Nachfragemacht in den Leitlinien und Erläuterungen der Europäischen Kommission .....	128
1.	Vertikale Vereinbarungen .....	128
a.	Die Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen .....	129
(1.)	Freigestellte Vereinbarungen .....	129
(2.)	Die Marktstellung der Beteiligten.....	130
(a.)	Die Rechtslage bis 2010.....	130
(b.)	Die Änderungen durch die neue Gruppenfreistellungsverordnung 2010 ..	130
(3.)	Kernbeschränkungen.....	132
(4.)	Unwirksame Verpflichtungen .....	134
(5.)	Fazit .....	135
b.	Die individuelle Freistellung.....	135
(1.)	Die Anwendbarkeit des Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	136
(2.)	Die Voraussetzungen für eine Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV .	136
(3.)	Bestimmte vertikale Beschränkungen.....	137
(a.)	Alleinvertrieb und Kundenbeschränkungen .....	137
(b.)	Selektiver Vertrieb .....	138
(c.)	Alleinbelieferung.....	139
(4.)	Zwischenergebnis.....	140
2.	Horizontale Vereinbarungen .....	140
a.	Die Feststellung einer Wettbewerbsbeschränkung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	141
(1.)	Mögliche negative Auswirkungen durch Einkaufsvereinbarungen.....	141
(2.)	Die Marktstellung der Beteiligten.....	142
b.	Die Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV .....	142
3.	Der Behinderungsmissbrauch .....	143
a.	Grundlagen .....	143
b.	Behinderungsmissbrauch durch Nachfragemacht.....	144
4.	Die Zusammenschlusskontrolle .....	145
a.	Die Leitlinien zur Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse .....	146
b.	Die Leitlinien zur Bewertung nichthorizontaler Zusammenschlüsse .....	147

C.	Die Verbindlichkeit des More Economic Approach.....	147
I.	Verordnungen.....	147
II.	Die Rechtsnatur der Leitlinien und Erläuterungen der Europäischen Kommission .....	147
1.	Ungeschriebene Rechtsakte .....	148
2.	Mitteilungen, Bekanntmachungen und Leitlinien im Kartellrecht .....	148
a.	Klarheit und Transparenz.....	148
b.	Keine Verbindlichkeit .....	149
c.	Faktischer Druck oder gar mittelbare Bindung? .....	150
(1.)	Die Kompetenzverteilung im Europäischen Kartellrecht.....	150
(2.)	Die Zusammenarbeit im Netz Europäischer Wettbewerbsbehörden.....	151
D.	Der More Economic Approach aus Sicht der Rechtsprechung .....	152
I.	Die Berücksichtigung von Effizienzerwägungen .....	152
1.	Der wirkungsbasierte Ansatz .....	153
a.	Die Entscheidung GlaxoSmithKline.....	153
(1.)	Die Ansicht des Gerichts der Europäischen Union.....	153
(2.)	Die Korrektur durch den Europäischen Gerichtshof .....	154
b.	Die Entscheidung British Airways.....	154
c.	Die Entscheidung Microsoft .....	155
2.	Die Ausdehnung des Effizienzeinwandes.....	155
II.	Die Orientierung an der Konsumentenwohlfahrt.....	156
III.	Der vermehrte Einsatz ökonomischer Analyseinstrumente .....	157
1.	Die Marktabgrenzung.....	157
a.	Die Entscheidung France Télécom .....	157
b.	Die Entscheidung Soda Club II des deutschen Bundesgerichtshofs .....	157
c.	Unterschiede zum Bedarfsmarktkonzept .....	158
2.	Das Spürbarkeitskriterium des Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	159
3.	Die Marktkonzentration .....	160
4.	Die Marktverschließung.....	160
IV.	Stellungnahme .....	161

Zweiter Teil: Eine kritische Betrachtung des More Economic Approach  
vor dem Hintergrund der Nachfragemachtproblematik.....165

§ 5	Konzeptionelle Grundlagen und praktische Grenzen einer Effizienz-orientierung .....	167
A.	Die philosophische Rechtfertigung eines ökonomischen Effizienzzieles ...	167
I.	Der Utilitarismus als Basis für das ökonomische Effizienzziel.....	167
1.	Die Orientierung an Handlungskonsequenzen.....	168
2.	Die Steigerung des Glücks der Allgemeinheit.....	169

3.	Die Abkehr von der kardinalen Messbarkeit des Nutzens .....	170
a.	Das Pareto-Kriterium .....	171
(1.)	Die Voraussetzungen .....	171
(2.)	Das Pareto-Kriterium und der Marktmechanismus .....	171
b.	Das Kaldor-Hicks-Kriterium.....	172
(1.)	Der monetäre Vergleich .....	172
(2.)	Bewertung .....	173
4.	Unterschiede zwischen dem Nutzenprinzip und dem ökonomischen Effizienzkriterium .....	174
a.	Einkommenseffekte.....	174
b.	Unterschiede in der Nutzendefinition .....	175
5.	Kritik an Utilitarismus und Effizienz.....	176
a.	Messbarkeit und Vergleichbarkeit des Nutzens.....	176
(1.)	Die Einteilung in Bedürfniskategorien .....	177
(2.)	Die Berücksichtigung des Erfahrungsschatzes .....	178
(3.)	Das Verhalten als Bewertungsindikator.....	178
(4.)	Bewertung .....	179
b.	Die Rechte des Einzelnen.....	180
(1.)	Die Stellung des Individuum im Utilitarismus.....	180
(2.)	Ein „humanerer“ Utilitarismus? .....	181
(a.)	Allgemein anerkannte Nutzen maximierende Rechte.....	182
(b.)	Der Nutzen der freien Wahl .....	183
(c.)	Die Korrektur des Grundsatzes der Präferenzautonomie .....	184
(d.)	Bewertung .....	185
II.	Die Rechtfertigung eines ökonomischen Effizienzziels durch konsens-theoretische Ansätze.....	185
1.	Die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung .....	186
a.	Die Konsensvoraussetzungen .....	186
b.	Kritik .....	187
2.	Die völlige Unwissenheit .....	188
a.	Die Voraussetzungen .....	188
b.	Die Rückkehr zum Utilitarismus.....	189
3.	Folgerung .....	190
III.	Stellungnahme .....	191
B.	Die Effizienzorientierung in der praktischen Umsetzung.....	191
I.	Der Effizienzbegriff .....	192
1.	Begriffsbestimmung .....	192
2.	Effizienzarten .....	193
II.	Gesamt- oder Konsumentenwohlfahrtsstandard? .....	193
III.	Die Ermittlung von Effizienzauswirkungen .....	194
1.	Quantitative und qualitative Effizienzauswirkungen.....	194

a.	Quantitative Auswirkungen .....	195
b.	Qualitative Auswirkungen .....	195
2.	Die subjektive Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen.....	196
a.	Einkommens-, Vermögens- und Besitzeffekte .....	197
b.	Die zeitliche Komponente.....	197
c.	Das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens.....	198
3.	Die Erfassung der Dritt betroffenheit.....	198
4.	Der zeitliche Aspekt in der Effizienzbeurteilung.....	199
IV.	Stellungnahme.....	200
<b>§ 6</b>	<b>Das bestehende Rechtssystem als Grenze der Effizienzorientierung .....</b>	<b>202</b>
A.	Integrationsmöglichkeiten des More Economic Approach .....	202
I.	Der Normzweck der kartellrechtlichen Regelungen.....	202
1.	Der freie, unverfälschte und wirksame Wettbewerb.....	203
a.	Der Wettbewerbsschutz zur Errichtung eines Binnenmarktes .....	203
b.	Der freie Wettbewerb als Element der Wirtschaftspolitik.....	204
c.	Änderungen durch den Vertrag von Lissabon .....	205
2.	Der Schutz der Marktstruktur .....	206
3.	Der Verbraucherschutz.....	207
4.	Rückbestätigung der Ziele in den kartellrechtlichen Tatbeständen.....	207
II.	Die Integration des More Economic Approach ins Europäische Kartellrecht .....	208
1.	Die normative Ebene .....	209
2.	Die Ebene der Regelauslegung .....	210
a.	Effizienzorientierung und Konsumentenwohlfahrtsstandard .....	210
b.	Die Faktenanalyse als Element der Regelauslegung .....	210
B.	Rechtssicherheit und Entscheidungsqualität.....	211
I.	Die Vorteile eines hohen Rechtssicherheitsstandards .....	212
1.	Rule of Law und Rule of Reason .....	212
2.	Vor- und Nachteile der beiden Konzepte.....	213
a.	Die Eindämmung der Missbrauchsgefahr .....	213
b.	Die wohlfahrtsfördernde Wirkung wettbewerbswidriger Handlungen .....	214
c.	Die Einbeziehung der Kosten .....	215
(1.)	Höhere Entscheidungskosten .....	215
(2.)	Kosten für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit.....	215
d.	Wohlfahrtsverluste durch sinkende Rechtssicherheit .....	216
e.	Die zeitliche Verzögerung der Entscheidung der Wettbewerbsbehörden .....	217
II.	Die Entscheidungsqualität des More Economic Approach .....	218
1.	Die Wahl des richtigen Modells.....	218

2.	Die unvollständige Abbildung der Wirklichkeit.....	218
III.	Stellungnahme .....	220
C.	Grundrechtliche Grenzen für den More Economic Approach .....	221
I.	Die Bindung der kartellrechtlichen Behörden an Grundrechte .....	221
1.	Die richterrechtliche Entwicklung der Grundrechte .....	221
a.	Die anfängliche Zurückhaltung.....	221
b.	Die Anfänge eines europäischen Grundrechtsschutzes .....	222
2.	Grundrechtsschutz im europäischen Primärrecht .....	223
a.	Die grundsätzliche Anerkennung der Grundrechte.....	223
b.	Aktuelle Entwicklungen im Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene..	223
(1.)	Die anfängliche Unverbindlichkeit der Charta der Grundrechte .....	223
(2.)	Änderungen durch den Vertrag von Lissabon .....	225
II.	Betroffene Grundrechte.....	226
1.	Das Recht auf Wettbewerbsfreiheit .....	227
a.	Die Wettbewerbsfreiheit als Marktteilnahmehance .....	227
b.	Die Wettbewerbsfreiheit als subjektives Recht .....	228
(1.)	Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	228
(2.)	Die Wettbewerbsfreiheit in ausgewählten europäischen Staaten .....	230
(3.)	Die Europäische Menschenrechtskonvention als Rechtsquelle.....	231
(4.)	Die juristische Lehre .....	231
(5.)	Die Wettbewerbsfreiheit als Teilaspekt der unternehmerischen Freiheit..	232
(a.)	Die Erläuterungen zum Entwurf der Charta der Grundrechte .....	232
(b.)	Eine etwaige Eingriffsrechtlfertigung über Art. 52 Abs. 1 GRC.....	234
(c.)	Konsequenzen für den More Economic Approach.....	235
(d.)	Kritische Stellungnahme .....	236
2.	Die allgemeine Handlungsfreiheit .....	237
a.	Anerkennung der allgemeinen Handlungsfreiheit im Europäischen Recht.....	237
b.	Das Problem der Eingriffsrechtlfertigung.....	238
3.	Der Gleichheitsgrundsatz .....	238
a.	Schutzbereich .....	239
(1.)	Die Vergleichsgruppe in kartellrechtlichen Fällen .....	240
(2.)	Die Ungleichbehandlung.....	240
(a.)	Ungleichbehandlung durch eine einseitige Effizienzorientierung.....	240
(b.)	Ungleichbehandlung aufgrund der Unverbindlichkeit des More Eco- nomic Approach .....	241
b.	Rechtfertigung.....	242
(1.)	Die Sicherstellung eines hohen Verbraucherschutzniveaus .....	243
(2.)	Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Unionsziele .....	244

§ 7 Die Vereinbarkeit von More Economic Approach und Nachfragemacht: Bewertung, Folgen und Lösungsansatz .....	245
A. Fazit zur Vereinbarkeit des More Economic Approach mit dem be- stehenden Rechtssystem.....	245
I. Effizienzorientierung.....	245
1. Die Effizienzorientierung auf der Tatbestandsebene .....	245
2. Effizienzargumente im Rahmen der Rechtfertigung .....	246
II. Der Konsumentenwohlfahrtsstandard.....	246
1. Keine alleinige Ausrichtung des Kartellrechts am Verbraucherschutz .....	246
2. Der Konsumentenwohlfahrtsstandard in der Rechtfertigung .....	247
a. Downstream-Märkte .....	247
b. Probleme hinsichtlich nachfrageseitiger Wettbewerbsbeeinträchti- gungen .....	247
III. Die ökonomische Analyse .....	248
B. Eine gerechtere Ökonomisierung des Kartellrechts.....	248
I. Per se-Regelungen mit Rechtfertigungsmöglichkeiten.....	249
II. Eine Differenzierung bei der Wahl des anzuwendenden Bewertungs- standards.....	250
III. Verbindliche Regelungen für mehr Rechtssicherheit .....	250
Literaturverzeichnis.....	251